

wissen, daß mit solchen Erfolgen der Klassenfeind ganz empfindlich getroffen wird. Noch haben wir nicht alle Schwierigkeiten überwunden, aber wir werden verbissen und mit Ausdauer um deren Beseitigung kämpfen. Wir brauchen dabei aber eine stärkere Unterstützung unseres Fachministeriums. Wir müssen verlangen, daß sich die Genossen in den Ministerien intensiver als bisher um einen reibungslosen Arbeitsablauf in den Betrieben kümmern, daß sie nicht nur Materialkontingente verteilen, sondern sich auch darum kümmern, daß das benötigte Material durch unsere Walzwerke oder durch Importe rechtzeitig bereitgestellt wird. Auf diesem Gebiet liegen nach unserer Meinung noch unermessliche Reserven. Hier liegt aber auch noch eine gewaltige Aufgabenstellung für die zuständigen Mitarbeiter in den Ministerien und in der Staatlichen Plankommission. Wir verlangen weiter, daß unsere Staatsfunktionäre bei so entscheidenden Verordnungen des Ministerrats und bei ähnlichen Anlässen den Wirtschaftsfunktionären der Betriebe politische Anleitung und Unterstützung geben.

Es gibt unzählige Möglichkeiten, die Werktätigen unserer volkseigenen Betriebe für die Entwicklung unserer Friedenswirtschaft zu mobilisieren und damit auch ihre Bereitschaft zur Meisterung unserer politischen Aufgaben zu steigern. Einen 17. Juni 1953 wird es in der Deutschen Demokratischen Republik nicht wieder geben. (Beifall.) Unsere klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen haben die richtigen Lehren aus dem faschistischen Putsch des vergangenen Jahres gezogen. Noch kann unsere Arbeit auf vielen Gebieten verbessert werden, aber eben weil die Partei mit marxistisch-leninistischer Gründlichkeit an die Lösung ihrer Aufgaben herangeht, ist das Vertrauen zur Partei der Arbeiterklasse gewachsen und wird weiter gestärkt werden. (Beifall.)

Vorsitzender *Mewis*: Das Wort hat Genosse Walter Weidauer, Oberbürgermeister von Dresden.

*Walter Weidauer* (Dresden): Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte über einige Besonderheiten in der Entwicklung der Gemeinden und Städte im Westen und in der Deutschen Demokratischen Republik sprechen. In den letzten Wochen fanden bei uns und in Westdeutschland in den Städten und Gemeinden die Etatsberatungen statt.